

A black and white portrait of Pascal Arimont, a man with short hair and a beard, smiling slightly. The background is blurred, showing what appears to be an outdoor setting with trees.

Eine starke Stimme für Ostbelgien.

PASCAL ARIMONT, MITGLIED DES
EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

LEITLINIEN EU-WAHLEN 2024

**„ICH MÖCHTE
OSTBELGIEN
WEITERHIN MIT
VOLLEM EINSATZ
IN EUROPA
VERTRETEN!“**



**Pascal Arimont
EU-Abgeordneter**



Ich kandidiere für das ostbelgische Mandat im Europäischen Parlament.

Ich tue dies voller Überzeugung, um ostbelgische Interessen im EU-Parlament zu vertreten und die Idee eines stärkeren, autonomeren und selbstbewussteren Europas zu verteidigen.

Die Europäische Union steht nach wie vor für Frieden, Wohlstand und Sicherheit. Die Union ist der Garant dafür, auf unsere eigene europäische Art zu leben. Der „*European way of life*“ gründet auf einer starken sozialen Marktwirtschaft und einem durchsetzungsstarken Rechtsstaat, der unsere individuellen Rechte verteidigt und Chancengleichheit ermöglicht.

Meine Großeltern hätten sich nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges gewünscht, in einer Welt leben zu können, wie wir sie heute in Europa kennen. Und dies trotz der immensen Herausforderungen, vor denen wir stehen und die die Welt in Atem halten.

Natürlich hat diese EU auch Schwächen und macht Fehler. Sie hat seit Bestehen aber auch Vieles richtig gemacht. Das Grundprinzip der gemeinsamen Stärke bleibt relevant: Die Welt von morgen wird andere Machtzentren haben, so dass es noch wichtiger sein wird, Teil einer starken Gemeinschaft zu sein, in der auch unsere Kinder eine lebenswürdige Perspektive haben.

Warum ist es wichtig, dass Ostbelgien im EU-Parlament vertreten ist?

Die Menschen in Ostbelgien erleben Europa jeden Tag, da sie in unmittelbarer Nähe zu mehreren Grenzen leben und arbeiten. In Ostbelgien leben über 10.000 Menschen, die in Deutschland oder Luxemburg arbeiten. Europa ist also immer ein Thema.

In den letzten 50 Jahren sind die Hindernisse, grenzüberschreitend zu leben und zu arbeiten, deutlich zurückgegangen. Das würde sich schlagartig ändern, wenn wir den Binnenmarkt abschaffen, Nationalgrenzen wieder hochfahren und jeder Staat oder sogar Teilstaat wieder eigene Gesetze macht. Wir würden einen erheblichen Wohlstandsverlust erleben.

Belgien genießt als kleineres, exportorientiertes Land innerhalb der EU viele wirtschaftliche und sicherheitsrelevante Vorteile. In der Welt von heute und vor allem in der von morgen wird es entscheidend darauf ankommen, Teil einer großen Struktur zu sein, die ein Gegengewicht zu den anderen Wirtschaftsblöcken und Machtzentren darstellt. Unsere Art, in Freiheit und Selbstbestimmtheit zu leben, wird durch die EU geschützt. Auch hier in Ostbelgien.

Eine ostbelgische Vertretung im EU-Parlament ist zudem wichtig, um dort Menschen aus ländlichen Gebieten eine Stimme zu geben. Als Mitglied der stärksten Fraktion ist es durchaus möglich, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Ebenfalls ist es elementar, die Menschen hier vor Ort sehr früh über alles zu informieren, was auf europäischer Ebene für uns wichtig ist: Das betrifft die neueste Gesetzgebung für die

Unternehmen, das betrifft die europäischen Fördertöpfe für die Deutschsprachige Gemeinschaft oder auch die sozialen Einrichtungen in der DG.

Vieles wird in Brüssel und Straßburg entschieden, das Einfluss auf unser Leben hier vor Ort hat.

Was waren die Schwerpunkte der letzten fünf Jahre?

Stark beschäftigt hat sich das EU-Parlament in der vergangenen Legislaturperiode mit einer Reihe von Gesetzestexten, die die Energieversorgung von morgen nachhaltiger und uns unabhängiger von anderen Ländern machen sollen. Durch den so genannten „Green Deal“ möchte die EU das Ziel erreichen, ab 2050 der erste klimaneutrale Kontinent der Erde zu werden. Dabei bleibt es wichtig, die Menschen mitzunehmen und Klimaschutz bezahlbar zu machen.

Seit dem Beginn meines Mandats als EU-Abgeordneter bin ich Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung, in dem die maßgeblichen Kriterien definiert werden, wonach die europäischen Regionen wie Ostbelgien EU-Fördermittel erhalten. Ostbelgien ist ein besonders starker Nutzer der europäischen Förderprogramme. Bei uns vor Ort werden zahlreiche, nicht nur grenzüberschreitende Projekte über diese Fonds finanziert. Hier gilt es, auch in Zukunft darauf zu achten, dass Grenzregionen wie Ostbelgien berücksichtigt werden, um das Leben an der Grenze zu vereinfachen.

Auch historische Schritte wurden gemacht: Dazu zählt die jüngste Einigung zum europäischen Asyl- und Migrationspaket – eine Akte, über die EU-Parlament und Mitgliedstaaten seit der Flüchtlingskrise 2015 verhandeln. Die jetzt gefundene Einigung beinhaltet u.a. eine verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten, eine bessere Kontrolle der EU-Außengrenzen sowie effizientere Asylverfahren. Durch gemeinsame Regeln soll insbesondere die illegale Immigration nach Europa verhindert werden.

Ebenfalls haben wir mehrere Texte im Bereich Landwirtschaft verabschiedet und sichergestellt, dass kleinere Familienbetriebe wie hier in Ostbelgien nicht unnötig belastet werden.

Nicht zuletzt arbeiten wir weiter an der sogenannten „Ostbelgien-Klausel,“ um Lösungen gegen das Geoblocking audiovisueller Inhalte zu erreichen.

Warum bewerbe ich mich erneut für ein Mandat im Europäischen Parlament?

Viele Gesetzestexte sind eher für die Menschen geschrieben, die in Großstädten oder Ballungsräumen leben. Es bleibt aber wichtig, ein ländlich geprägtes Gebiet wie Ostbelgien immer wieder in den Texten zu berücksichtigen.

Wir leben hier anders als in Großstädten, in denen alles vorhanden und nah ist. Als Beispiel kann man die E-Mobilität nennen. Wer in der Stadt keinen Verbrenner mehr fahren darf und sich kein E-Auto leisten kann, der nimmt den Bus oder die U-Bahn. Wer dies auf dem Land tun muss, ist aufgeschmissen. Rund 30 Prozent der Menschen in Europa leben auf dem Land. Sie zu vergessen, wäre fatal. Das immer wieder in Erinnerung zu rufen, verstehe ich als meinen Auftrag.



Die EU muss
eigenständiger und
selbstbewusster
werden!

1. Priorität



Die 27 Mitgliedstaaten der EU bilden heute einen Anteil von 5,6 % der Weltbevölkerung. Aktuellen Berechnungen zufolge werden wir Europäer im Jahre 2050 nur noch 4,5 % der Bevölkerung einer Welt stellen, in der alleine in Indien 1,7 und in China 1,3 Milliarden Menschen leben werden. Auch in Bezug auf die Wirtschaftskraft sinkt unser Anteil von heute rund 15 % auf einen Wert, der voraussichtlich im Jahr 2050 unter 10 % liegen wird. Die Wachstumszentren verschieben sich und der Einfluss der EU nimmt ab.

Dies sollte zwei Folgen nach sich ziehen: Zum einen müssen wir viele stärker als Einheit funktionieren. Der Glaube daran, dass ein Land wie Belgien alleine wirtschaftlich oder geopolitisch besser dastehen würde, ist ein fataler Irrglaube. Zum andern müssen wir unabhängiger in einigen strategischen Bereichen werden, um von den sich bildenden neuen Wirtschafts- und Machtzentren weniger abhängig zu sein.

In den folgenden Bereichen kann und sollte die EU selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen:

- 1. Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen erhalten und erhöhen.**
- 2. Wir müssen Energie nachhaltiger und günstiger machen.**
- 3. Wir müssen den Landwirten eine langfristige Perspektive und Planungssicherheit geben.**
- 4. Wir müssen verteidigungsfähig werden und selbst für unsere Sicherheit sorgen.**
- 5. Wir müssen die Kontrolle über unsere Außengrenze haben.**
- 6. Wir müssen den Gesundheitssektor stärken und in Forschung investieren.**
- 7. Wir müssen unsere Kinder besser im Internet schützen.**

1.1. WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER UNTERNEHMEN

Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen erhalten und erhöhen!

Die EU muss dazu beitragen, dass die europäische Wirtschaft angekurbelt wird und hochwertige Arbeitsplätze für alle Menschen geschaffen bzw. gesichert werden. Dazu hat die EU sich selbst das beste Instrument gegeben: den europäischen Binnenmarkt. Der europäische Binnenmarkt feierte im Jahre 2023 sein 30-jähriges Bestehen und gilt als der Eckpfeiler der europäischen Integration. In der EU gibt es rund 23 Millionen Unternehmen mit fast 128 Millionen Beschäftigten. Die Regeln dieses Binnenmarktes gilt es, in einem fortdauernden Prozess immer wieder anzupassen, versteckte Binnengrenzen und falschen Protektionismus einzelner Mitgliedstaaten aufzudecken und die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die Niederlassungsfreiheit zu stärken. Rund zwei Drittel des gesamten Handels findet zwischen den 27 EU-Mitgliedstaaten statt. Unser

Wohlstand ist also sehr davon abhängig, dass dieser Binnenmarkt funktioniert und in ihm ein einheitlicher Rechtsrahmen geschaffen wird.

1. Green Deal oder wie die europäische Wirtschaft die Klimaziele erreichen soll

Die EU hat sich durch den sogenannten „Green Deal“ dazu verpflichtet, ihre CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 um 55 % (im Vergleich zu 1990) zu senken und bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu sein. Da die Folgen des Klimawandels deutlich teurer sein werden als die Anstrengungen, den Planeten klimaneutral zu machen, ist das Setzen ambitionierter Ziele richtig und wichtig.

Die EU hat in den letzten fünf Jahren rund 30 Rahmentexte verabschiedet, um diese Ziele zu erreichen. Diese Umstellung kostet Geld und beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit derjenigen Unternehmen, die die Ziele beherzt umsetzen. Allerdings haben Staaten auf allen Kontinenten – darunter auch die Großmächte – Klimapläne verabschiedet, so dass die Unternehmen mittlerweile um das beste „nachhaltige“ Produkt im gegenseitigen Wettbewerb stehen.

Die EU muss dazu beitragen, dass die strategisch wichtigen Sektoren in Europa gesichert bzw. wieder aufgebaut werden und unsere Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben. Die USA hat dies mit massiven Steueranreizen („*Inflation Reduction Act*“) getan, China tut dies mit massiver Staatshilfe. Wir müssen auch in Europa ein unternehmerisches Umfeld schaffen, in dem Bürokratie ab- und nicht aufgebaut wird und das Unternehmen in strategisch wichtigen Sektoren vor unlauterer Konkurrenz schützt.

Die soziale Marktwirtschaft ist ein zentraler Pfeiler christdemokratischer Politik. Dieses Modell hat in den letzten 75 Jahren Wohlstand, Arbeitsplätze und sozialen Frieden in Europa gesichert. In einer sich wandelnden Wirtschaftswelt gerät Europa aber zunehmend unter Druck: Der Anteil Europas am weltweiten BIP ist von 20 auf 15 % gesunken, während der Anteil Chinas im letzten halben Jahrhundert von 7 auf 19 % gestiegen ist. Darüber hinaus sind von den 50 weltweit führenden Unternehmen nur sechs aus Europa, während 20 aus den USA und 13 aus China kommen. Wir müssen unsere Wirtschaft für die neuen Herausforderungen fit machen, um auch unser soziales Modell zu erhalten.

2. NextGenerationEU

Die aktuell hohe Inflation, die Energiepreise und die Zinssätze sind wichtige Anliegen unserer Bürger, die angegangen werden müssen. Dazu brauchen wir eine Politik, die nicht von einer fehlgeleiteten Ideologie getrübt wird, sondern sich auf solide Fakten und soziale Verantwortung stützt. Wir müssen die unterschiedlichen Interessen von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt in Einklang bringen und dabei die Herausforderungen der globalen Wirtschaft, des Klimawandels und der sich verändernden demografischen Gegebenheiten auf unserem Kontinent berücksichtigen.

Ein wichtiges Element ist dabei die EU-Förderpolitik. Als Reaktion auf die COVID-Pandemie hat die EU u.a. das sogenannte „NextGenerationEU“-Programm in Höhe von 800 Milliarden Euro auf den Weg gebracht – das größte Konjunkturpaket, das je in Europa finanziert wurde. Die EU-Förderpolitik muss in Zukunft strategischen Wirtschaftssektoren dienen. Ebenfalls brauchen wir einen strategischen Plan „Made in Europe 2030“ nach amerikanischem Vorbild. Auch Bürokratieabbau muss dazu beitragen, das wirtschaftliche Potential Europas zu nutzen. Wir müssen ein unternehmensfreundliches Europa schaffen, indem wir die Verwaltungsverfahren vereinfachen und Genehmigungsprozesse beschleunigen.

3. Der Binnenmarkt: eine 30-jährige Erfolgsgeschichte

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Europas hängt vor allem von einem erfolgreichen Binnenmarkt ab. Seit der Schaffung des Binnenmarktes hat sich das Bruttoinlandsprodukt in Europa deutlich erhöht. Wir müssen unseren Binnenmarkt in eine neue Ära führen, indem wir ihn weiter vertiefen und vor allem einen echten digitalen Binnenmarkt schaffen.

Unsere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat unseres wirtschaftlichen Erfolgs und schaffen über 100 Millionen Arbeitsplätze. Damit sie florieren können, brauchen sie in der gesamten EU gleiche Wettbewerbsbedingungen. Die EVP möchte daher u.a. einen EU-Wettbewerbsfähigkeits-Check für jede neue politische Initiative der EU und ein europäisches Beratungsgremium für Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere für unsere KMU, einrichten.

Eine strategische Neuausrichtung der europäischen Industrie ist unerlässlich, wenn wir die Verlagerung der Produktion strategischer Güter in die Europäische Union fördern und die Entstehung europäischer Champions in grundlegenden Sektoren wie Gesundheit, Energie, Lebensmittel oder Digitales ermöglichen wollen. Dies wird eine Reform einiger EU-Vorschriften erfordern. Der beschlossene „*Net-Zero Industry Act*“ ist in diesem Sinne ein Schritt in die richtige Richtung, da die EU dabei helfen möchte, strategisch wichtige Technologien (wie Solar- und Windenergie, Batterieherstellung, Wasserstoff, Carbon Capture, ...) zu unterstützen und in Europa zu entwickeln.

Der beschlossene „*Critical Raw Materials Act*“ soll dazu dienen, die Rohstoffe zu sichern, die die europäische Wirtschaft für diese Schlüsseltechnologien benötigt. Dies auch, um sich aus einer Abhängigkeit von China zu lösen, wo sehr viele dieser Grundstoffe verarbeitet und dann exportiert werden.

Das Schutzinstrument CBAM („*Carbon Border Adjustment Mechanism*“) soll Importe von Produkten, die in bestimmten Bereichen weniger nachhaltig hergestellt wurden, durch den verpflichtenden Erwerb von Emissionszertifikaten verteuern, so dass europäische Hersteller keinen Nachteil dadurch erleiden, dass sie ihre Produkte klimafreundlich hergestellt haben. Dieses Schutzinstrument muss allerdings so umgesetzt werden, dass daraus ein echter Schutz entsteht, der die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen garantiert.

Parallel dazu müssen wir auch die Innovationskraft unserer Wirtschaft stärken, indem wir einen Investitionsplan für hochwertige europäische Arbeitsplätze auf den Weg bringen, mit dem wir in Forschung und Entwicklung investieren. Die Mitgliedstaaten und die EU sollten hierfür zusammen 4 % des BIP investieren und dabei den Schwerpunkt auf wissenschaftliche Spitzenleistungen legen, die einen europäischen Mehrwert bringen.

4. Die kleinen und mittleren Unternehmen: das Herzstück unserer Wirtschaft

In der Europäischen Union machen die „kleinen und mittleren Unternehmen“ (KMU) rund 99,8 % aller Unternehmen aus. Solche Unternehmen beschäftigen weniger als 250 Personen oder haben einen Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen Euro. Sie sind das Herzstück und das Rückgrat der europäischen Wirtschaft, da sie rund 100 Millionen Beschäftigte stellen und rund 53 % des europäischen BIP erwirtschaften. KMU müssen daher bei jedem Gesetzesrahmen spezifisch berücksichtigt werden.

Eine Kategorie Unternehmen, die besonders in ländlich geprägten Gegenden wie Ostbelgien wichtig ist, sind die Kleinstunternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von weniger als zwei Millionen Euro. Das sind u.a. auch die vielen Handwerksbetriebe, die es in Ostbelgien nach wie vor gibt und die es unbedingt zu erhalten gilt.

Ich habe mein Mandat dazu genutzt, zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen in Ostbelgien zu besuchen. Ziel dieser Besuche war und ist es, alle relevanten Informationen der europäischen Gesetzgebungen frühzeitig weiterzugeben und von den Unternehmen zu erfahren, wie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bestmöglich angepasst werden können. Das Handwerk und die verarbeitende Industrie haben eine sehr vielversprechende Perspektive, die es in Ostbelgien zu gestalten und positiv zu entwickeln gilt.

Die hohen Lohnkosten in Belgien kann die EU gemäß den EU-Verträgen nicht senken, da hier die alleinige Zuständigkeit bei den Mitgliedstaaten liegt. In Zeiten eines enormen Fachkräftemangels ist es aber elementar, dass möglichst viele Menschen in Arbeit sind und in Arbeit kommen. Das Leistungsprinzip in Unternehmen und in unserer Gesellschaft ist der Motor der sozialen Marktwirtschaft. Die Maxime „*Arbeit muss sich wieder lohnen*“ ist in diesem Zusammenhang gültiger denn je und muss sich in europäischen, belgischen, wallonischen oder ostbelgischen Rechtsrahmen konsequenter niederschlagen.

1.2 Energie

Unsere Energieversorgung muss_unabhängiger, nachhaltiger und kostengünstiger werden!

Wir müssen innovative Energieformen fördern, Rohstoffe sichern, Partnerschaften bilden und Genehmigungsfristen verkürzen.

Nachhaltige und kostengünstige Energie können wir in Europa verstärkt selbst herstellen. Dabei müssen wir auch die Technologien entwickeln und liefern, die die Welt von morgen bestimmen werden. Das sind alternative Energiequellen wie Wind- und Sonnenenergie, die nächste Generation der Kernspaltung und die erste Generation der Kernfusion, das ist die nächste Generation der Wasserstoffkatalysatoren, die erste Generation der CO₂-Abscheidung (CCS) oder die nächste Generation der rohstoffarmen Batterien und Speicherzellen. Wer in diesen Bereichen weltweit führend wird, spricht wirtschaftlich mit und leistet einen enormen Beitrag zum Klimaschutz.

Zurzeit wird in der EU rund 22 % der Endenergie durch erneuerbare Energiequellen gestellt (davon rund 13 % durch nukleare Energie). Bei der Stromerzeugung sind es schon fast 38 %. Im Rahmen des Programms „Fit for 55“ wurden die Ziele nochmals erhöht und eine Quote von 42,5 % für die Gesamtenergie bis 2030 festgelegt. Die Ordnungsrahmen „RED-IV“ („*Renewable Energy Directive*“) und „ETS“ („*Emission Trading System*“) sowie „ETS II“ sollen dazu beitragen, dass die Energieproduktion aus fossilen Brennstoffen langfristig unattraktiver wird und der Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigt wird. Der Klima-Sozialfonds in Höhe von 65 Milliarden Euro soll dazu beitragen, eventuell steigende Energiepreise zu kompensieren. Dies ist wichtig, um einkommensschwache Haushalte nicht unverhältnismäßig zu belasten.

Um die Klimaziele (minus 55 % CO₂ im Jahre 2030) erreichen zu können, sollten wir auf die Abscheidung von CO₂ bei großen Industrieanlagen („*Carbon Capture and Storage*“) sowie auf die Kernenergie zurückgreifen. Auch die Entwicklung der 4. Generation von Kernreaktoren (modulare Reaktoren) sollte in Europa geschehen. Die Forschungsarbeit, die in Europa beim Forschungsreaktor ITER geleistet wird, muss beherzt vorangetrieben werden, um den ersten Fusionsreaktor schnellstmöglich produzieren zu können.

Kohle und Stahl waren die Grundlagen der europäischen Integration. Europa hat sich immer auf die gemeinsame Energieversorgung verlassen. Angesichts der Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und des Systemwettbewerbs mit China ist diese umso wichtiger. Wir müssen verstärkt in den Ausbau der Strom- und Gasnetzverbindungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten investieren, um eine einheitlichere und effizientere Energieunion zu schaffen. Außerdem braucht es europäische Regeln, die stark und verbindlich genug sind, damit die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten automatisch greift, wenn es zu Engpässen kommt.

Wir wollen Investitionen zur weiteren Integration des europäischen Strom- und Gasmarktes fördern, um niedrigere Preise für die europäischen Bürger und unsere Unternehmen zu gewährleisten. Ein technologieoffener und -neutraler Ansatz als Leitprinzip ist ein Motor für Innovationen. Wir brauchen kein prohibitives, sondern ein innovatives Europa, das die wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Bedürfnisse seiner Bürger in den Mittelpunkt der künftigen Energieversorgung stellt.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und unsere frühere Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen haben uns etwas gelehrt: Saubere Energie ist nicht nur gut für den Planeten, sondern auch für unsere Sicherheit. Während wir uns von fossilen Brennstoffen verabschieden, indem wir gemeinsam mit den Mitgliedstaaten einen Fahrplan für ein widerstandsfähiges Energiesystem entwickeln, brauchen wir enorme Mengen an erneuerbarer Energie und eine höhere Energieeffizienz.

Mit dem EU-Förderprogramm *REPowerEU* setzen wir fast 300 Milliarden Euro ein, um Ressourcen für diesen Wandel zu mobilisieren. Auf diese Weise erhöhen wir unsere Energieunabhängigkeit und unsere allgemeine Souveränität. Energie ist ein strategischer Sektor, den wir auch ordnungspolitisch so einordnen müssen. Daher sind die beiden Rechtsrahmen „*Net-Zero Industry Act*“ und „*Critical Raw Materials Act*“ von zentraler strategischer Bedeutung. Europa muss in Sachen Energieerzeugung an der Spitze der Entwicklung stehen. Die Bereiche, die dafür als strategisch wichtig definiert wurden, sind:

- Photovoltaische und solarthermische Technologien
- Onshore- und Offshore-Windtechnologien
- Batterietechnologien
- Wärmepumpen und geothermische Energie
- Technologien für erneuerbaren Wasserstoff
- Biomethan und Biogas-Technologien
- CO₂-Abscheidung, -nutzung und -speicherung (CCUS)
- Netztechnologien
- Kernenergie

Ein sicherer Rechtsrahmen ist die Grundvoraussetzung für Investitionen in strategisch wichtige Bereiche. Daher sind schnelle Genehmigungsverfahren, flexiblere Ausschreibungsverpflichtungen und Entbürokratisierung der einzelnen Investitionsschritte das Gebot der Stunde. Hier müssen die EU und die Mitgliedstaaten deutlich besser werden, wenn wir den Anschluss an die weltweiten Entwicklungen hin zu dekarbonisierten Energieformen nicht verpassen wollen.

Und bei all diesen Entwicklungen dürfen wir nie aus den Augen verlieren, dass die Energiepreise stabil und kostengünstig für Unternehmen und Haushalte bleiben müssen. Daran hängen unsere Wettbewerbsfähigkeit und die Akzeptanz der Klimapläne.

1.3 Landwirtschaft

Landwirtschaft ist systemrelevant: Europa muss sich selbst ernähren können!

Die Landwirtschaft bietet in Europa fast 10 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz – das entspricht fast der belgischen Bevölkerung! Unsere Landwirte arbeiten unermüdlich, um die Bürger Europas zu ernähren. Der ländliche Raum ist das Herz Europas. Bis zum Jahr 2040 könnte die EU jedoch weitere 6,4 Millionen landwirtschaftliche Betriebe verlieren, was einem Rückgang von über 60 % im Vergleich zu 2016 entspricht!

Wir wollen, dass die Landwirte in Europa eine Zukunft haben und setzen auf Dialog statt auf Vorgaben von oben herab. Nur so können wir unsere einzigartigen Kulturlandschaften und unsere Lebensmittelversorgung langfristig sichern.

Es ist wichtig, der Landwirtschaft, die sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert hat, auch für die nächsten Jahrzehnte eine langfristige Perspektive zu geben. Landwirte produzieren in erster Linie unsere Nahrungsmittel, dies auf eine immer nachhaltigere Art und Weise. Europäische Nahrungsmittel sind die sichersten und besten der Welt. Dass der europäische Kontinent sich selbst auch noch in 20 Jahren ernähren kann, ist von fundamentaler Bedeutung. Landwirtschaft ist daher systemrelevant. Der russische Angriffskrieg hat gezeigt, dass Landwirtschaft von geopolitischer Bedeutung ist. Es ist somit wichtig, den Landwirten eine echte mittel- und langfristige Perspektive zu bieten, das heißt einen Gesetzesrahmen, der nicht jedes Jahr abgeändert wird und der ihnen ein faires Einkommen ermöglicht.

1. Langfristige Perspektive: Planungssicherheit, weniger Papier, Förderung familiärer Höfe

Die Gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP) muss die hohen Erwartungen der Gesellschaft, insbesondere im Hinblick auf die Versorgung mit Lebensmitteln, eine hohe Lebensmittelqualität und -sicherheit, den Schutz der natürlichen Ressourcen, den Tierschutz und nicht zuletzt auf faire Produktpreise für die Verbraucher erfüllen. Um insbesondere die familiären landwirtschaftlichen Unternehmen wie in Ostbelgien besser zu unterstützen, brauchen wir eine gestaffelte Unterstützung mit höheren Beihilfen für die kleinsten und mittleren Familienbetriebe sowie abnehmende Beihilfen bei zunehmender Betriebsgröße. Diese würde auch dazu beitragen, die oft spekulative Aneignung von Agrarland zu bekämpfen.

Die zukünftige GAP 2028-2034 muss in eine ausreichende Haushaltsplanung eingebettet sein, die es ermöglicht, die Landwirte effizient zu unterstützen und sie in die Lage zu versetzen, mögliche Krisen zu meistern. Die zukünftige GAP muss in diesem Sinne eine stärkere wirtschaftliche Säule haben, und die Direktzahlungen sollten dazu dienen, die landwirtschaftlichen Grundeinkommen zu sichern und Schutz in volatilen Märkten zu bieten.

Ebenfalls wichtig ist für die Landwirte ein Abbau überbordender Bürokratie. Wir brauchen eine europäische Agrarpolitik, die auf den Grundsätzen der Verwaltungsvereinfachung, des Vertrauens und des Respekts für die Arbeit der Landwirte und ihres Know-hows beruht. Wenn wir die Landwirte unter tausend neuen Auflagen ersticken, wird die Folge sein, dass wir verstärkt aus Drittländern importieren, wo unter viel weniger strengen Auflagen produziert wird. Unsere Ernährung muss auch darum in den Händen unserer europäischen Landwirte bleiben. Es bedarf also einer Bürokratie-Diät für landwirtschaftliche Betriebe.

Klimaschutz, Biodiversität und nachhaltige Landschaftspflege können nur mit und nicht gegen die Landwirte erreicht werden. Der Schutz der biologischen Vielfalt und wertvoller Ressourcen wie Wasser, Luft und Wald ist unsere Versicherung für die Zukunft. Wir sind der Meinung, dass angemessene und zusätzliche Finanzmittel notwendig sind, um die Umweltbemühungen unserer Landwirte noch besser zu unterstützen, ihnen Anreize für eine nachhaltigere Wirtschaftsweise zu geben und ihnen zu helfen, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen. Strengere Regeln zur Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln oder die nationale Umsetzung zum Naturherstellungsgesetz müssen immer im Dialog mit den Landwirten ausgehandelt werden.

Ebenfalls ist es wichtig, dass die Landwirtschaft aus künftigen Freihandelsabkommen ausgenommen wird, damit dieser strategische Sektor gegenüber Sektoren von außerhalb der EU, die keine strengen Auflagen einhalten müssen, geschützt wird. Alternativ dazu muss ein Ziel die Einführung so genannter „Spiegelklauseln“ in Handelsabkommen sein: Es darf keine Handelsvorteile für Produkte geben, die nicht dieselben Standards erfüllen, wie sie für europäische Produkte gelten.

2. Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes

Großraubtiere wie der Wolf stellen eine zunehmende Bedrohung für unsere Landwirte und Viehzüchter dar. Sie gefährden die traditionelle Weidewirtschaft in ganz Europa. Wir setzen uns daher dafür ein, den höchsten Schutzstatus des Wolfes in der Habitat-Richtlinie und in der Berner Konvention abzustufen, um eine aktives Wolfsmanagement möglich zu machen.

3. Land als rares Gut

In ihrem Forderungskatalog schreibt der Grüne Kreis/Bauernbund Ostbelgien: „*Seit 2002 werden in Ostbelgien pro Jahr 64 Hektar bebaut. Das ist jedes Jahr mehr als die Hälfte des Stausees der Wesertalsperre. Das bedeutet, dass alle zwei Jahr so viel Land bebaut wird, wie drei landwirtschaftliche Betriebe benötigen.*“

Wir setzen uns dafür ein, dass durch entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen landwirtschaftliche Flächen, die nicht mehr benutzt werden, nicht Teil von Immobilienspekulationen werden dürfen. Dementsprechend unterstützen wir das Vorhaben, ein Vorkaufsrecht für Gemeinden auf Ebene der Wallonischen Region einzurichten, wie dies kürzlich durch die Schwesterpartei „Les Engagés“ vorgeschlagen wurde: Sobald landwirtschaftliche Fläche verkauft werden soll, hat die Gemeinde ein Vorkaufsrecht, um dieses Land unter Bedingungen wieder an Landwirte zu veräußern.

Wir unterstützen auch die Forderung, dass Flächen, die nach 1979 urbar gemacht wurden und die künftig wieder aufgeforstet werden sollen, durch andere, besser geeignete Flächen aus der landwirtschaftlichen Zone kompensiert werden.

Fotovoltaik soll auf landwirtschaftlicher Fläche nur dann erlaubt werden, wenn eine gleichzeitige landwirtschaftliche Tätigkeit auf diesen Flächen möglich ist, die in der Gegend auch bereits fest verankert ist. Wir unterstützen auch die Forderung des Grünen Kreises, dass schnellere Genehmigungsverfahren für Fotovoltaikanlagen über 10 KW auf Dächern erfolgen.

Planungen für Stallbauten oder -renovierungen werden oft aus rein optischen Gründen nicht genehmigt. Wir unterstützen die Forderung des Grünen Kreises, dass das Aussehen die Funktionalität nicht beeinträchtigen darf.

4. Faire Preise für den Hersteller

Zusammen mit unserer Schwesterpartei „Les Engagés“ fordern wir auf europäischer Ebene fairere Preise für die Hersteller. Als Vorlage könnte ein ähnliches Modell wie das französische Gesetz „EGalim“ (« *États Généraux de l'Alimentation - Loi pour l'Équilibre des Relations Commerciales dans le Secteur Agricole et Alimentaire et une Alimentation Saine, Durable et Accessible à Tous* ») gelten, das die Aufteilung der Preise und Margen gerechter gestalten soll. Les Engagés haben auf belgischer Ebene einen solchen Gesetzesvorschlag eingereicht.

Das Gesetz zielt darauf ab, das Ungleichgewicht in den Handelsbeziehungen zwischen Landwirten und Lebensmittelverarbeitern sowie Einzelhändlern zu korrigieren. Es enthält Bestimmungen zur Stärkung der Verhandlungsposition der Landwirte gegenüber großen Einzelhändlern und Lebensmittelverarbeitern, zur Begrenzung von Preissmissbräuchen und zur Förderung fairer Handelspraktiken. Es zielt darauf ab, die Einkommenssituation der Landwirte zu verbessern und die Lebensmittelsicherheit zu erhöhen. Das schafft das Gesetz unter anderem durch Mindestpreisverhandlungen zwischen Landwirten und Lebensmittelverarbeitern, die Begrenzung von Sonderangeboten, um den Preis stabil zu halten, und die Förderung von Qualitätsprodukten sowie die Stärkung der Rolle von Erzeugerorganisationen.

EGalim sollte als Idee verstanden werden, wie die Gewinne in den verschiedenen Herstellungs- und Vermarktungsstufen fairer zugunsten des Herstellers verteilt werden müssen. Diese Überlegungen sollten auf jeden Fall in die Debatten im Parlament und spätestens in die Verhandlungen zur nächsten GAP einfließen. Gleiches gilt für die Idee eines Lieferverzichts bei gleichzeitiger Kompensation im Falle eines Preisverfalls. Dieses Instrument kann dabei helfen, Märkte und Preise zu stabilisieren. Grundsätzlich dürfen wir nicht zulassen, dass Lebensmittel unter den Herstellungskosten verkauft werden.

1.4 Verteidigung

Europa muss verteidigungsfähig(er) werden. Wir brauchen eine europäische Armee!

Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit und Europa muss seine Sicherheit verstärkt in eigene Hände nehmen. Die geopolitischen Entwicklungen der letzten Monate machen deutlich, dass die Sicherheitsstruktur der letzten Jahrzehnte massiv unter Druck gerät. Wer außenpolitisch mitreden möchte, muss intern mit einer Stimme sprechen und sich auch selbst verteidigen können.

Der Ukraine-Krieg zeigt, wie einfach Grenzen in Europa verschoben werden können. Dies sollte uns Europäern eine eindringliche Mahnung sein, uns selbst verteidigen zu können.

Das Tempo des geopolitischen Wandels ist dramatisch und die Welt ist gefährlicher geworden. In diesem neuen Umfeld müssen die Europäer Europa schützen. Gemeinsame europäische Anstrengungen zu einer effizienteren gemeinsamen Verteidigung sollten in die NATO eingebettet und mit ihr kohärent sein. Unsere transatlantischen Verbündeten werden uns jedoch nur dann zur Seite stehen, wenn wir auch bereit sind, unseren Teil eigenständig zu leisten. Ein starkes Bündnis erfordert Lastenteilung. Wir müssen auch auf etwaige Veränderungen in unserer transatlantischen Partnerschaft und auf ein Szenario vorbereitet sein, in dem wir nicht die Unterstützung der Vereinigten Staaten haben.

Wir müssen drei Schritte für die europäische Verteidigung einleiten: Erstens müssen wir unsere industrielle Verteidigungsbasis durch mehr Investitionen ausbauen. Die EVP hat sich bereits für Initiativen zur gemeinsamen militärischen Beschaffung eingesetzt, wie das Gesetz zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung und das Europäische Programm zur Entwicklung der Verteidigungsindustrie zeigen. Wir müssen aber noch weiter gehen und uns auf die Verteidigungstechnologie 2.0 konzentrieren, die die Verteidigungsindustrie mit den modernsten Computertechnologien verbindet.

Ein weiteres zentrales Ziel ist die Schaffung eines Binnenmarkts für Verteidigung. Die USA geben jährlich rund 800 Milliarden Dollar für ihre Armee aus. Der aktuelle Haushalt der EU beträgt rund 180 Milliarden Euro. Mit rund 1,3 Millionen Soldaten ist die amerikanische Armee die stärkste der Welt. Die 27 Mitgliedstaaten der EU verfügen zusammengerechnet über rund 1,4 Millionen Soldaten. Da die 27 Armeen nur sehr wenig kooperieren und jede Armee auch ein Eigenleben führt, sind diese 27 Armeen allerdings nicht in der Lage, Europa im Ernstfall alleine zu verteidigen.

Mittel- und langfristig kann nur eine integrierte europäische Armee Europas Sicherheit garantieren. Eine solche Armee wäre deutlich effizienter, schlagkräftiger und auch kostengünstiger als der Fortbestand von 27 nationalen Armeen. Eine gemeinsame europäische Armee würde den einzelnen Mitgliedsländern viel Geld ersparen, da zurzeit jeder Staat eine eigene Armee mit eigenen Waffensystemen und Kommandostrukturen unterhält. Für eine verstärkte Zusammenarbeit müssen in der nächsten Legislaturperiode unbedingt die ersten konkreten Schritte eingeleitet werden.

Die EU sollte die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) nutzen, um die Standardisierung der verschiedenen Waffensysteme zu verbessern und mehr gemeinsame Beschaffungsprojekte im Verteidigungsbereich in Europa zu erreichen. Europa leistet sich aktuell sechsmal so viele Waffensysteme wie die USA (178 statt 30). Das führt

zu hohen Kosten, Redundanzen und einer schwierigen Zusammenarbeit aufgrund der Inkompatibilität der Systeme. Die Mitgliedstaaten sollten erwägen, dem Kauf von in Europa hergestellter militärischer Ausrüstung Vorrang einzuräumen, um die strategische Autonomie der EU zu stärken. Außerdem braucht die EU gemeinsame Regeln für Waffenexporte.

Die EVP schlägt auch die Einsetzung eines Kommissars für Sicherheit und Verteidigung vor, der Verteidigungsfragen im Rahmen der EU-Kompetenzen koordiniert und die Zusammenarbeit fördert, sowie einen Sicherheitsrat mit den Verteidigungsministern der Mitgliedstaaten. Wir sollten auch die Einrichtung eines eigenen EU-Verteidigungshaushalts im Rahmen des MFR ins Auge fassen, der mit ausreichenden Mitteln ausgestattet ist, um die Herausforderungen von heute und morgen zu bewältigen.

Gleiches gilt für unsere digitale Infrastruktur und die massive Zunahme von Cyberangriffen. Digitale Erpressung von Unternehmen, massive Beeinflussung von außen, Angriffe auf systemrelevante digitale Infrastrukturen gehören mittlerweile zum Alltag. Eine digitale Strategie gegen diese neue Bedrohung aufzubauen, ist von elementarer strategischer Bedeutung.

Die EU muss gemeinsam mit willigen Mitgliedstaaten künftige europäische Verteidigungsprojekte in enger Zusammenarbeit mit unseren transatlantischen Partnern in Angriff nehmen. In diesem Zusammenhang müssen wir auch die europäische Zusammenarbeit der Nachrichtendienste stärken.

1.5 Migration

Europa muss Menschen Schutz gewähren, aber die Kontrolle über seine Grenzen haben.

In Bezug auf die globale Migration muss die EU ein System schaffen, das eine geregelte und legale Zuwanderung ermöglicht. Das bedeutet konkret, dass den Menschen gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention ein Recht auf Asyl gewährt wird. Allerdings müssen die entsprechenden Kontrollen endlich an den Außengrenzen stattfinden. Das perfide Geschäftsmodell der Menschenschmuggler muss auf diese Weise trockengelegt werden.

Die Mitgliedstaaten der EU müssen die Kontrolle und den Überblick darüber zurückgewinnen, wer unter welchem Aufenthaltstitel bei ihnen einreisen bzw. sich aufhalten darf. Diese Kontrolle ist genauso wichtig wie die aktive Integration und das Gewähren einer Perspektive für diejenigen Menschen, die ein mittel- und langfristiges Bleiberecht in der EU erhalten. Dazu gehört, dass die Menschen, die in der EU in vielen Betrieben oder sozialen Einrichtungen gebraucht werden, ein schnelleres Verfahren erhalten. Die beste Integration geschieht auf dem Arbeitsplatz.

Die EU muss die Kontrolle über die Migration im Einklang mit dem Völkerrecht und unter Wahrung der Grundrechte garantieren. Die Leitprinzipien der europäischen Migrationspolitik müssen in diesem Sinne Menschlichkeit und Ordnung sein. Unkontrollierte Migration nach Europa muss gestoppt werden, damit die Integrationsfähigkeit Europas nicht überfordert wird.

Mit dem neuen Migrations- und Asylpakt Ende 2023 und der engeren Zusammenarbeit mit Drittstaaten sind erste wichtige Schritte getan. Wir brauchen eine stärkere Lastenteilung in Krisenzeiten, eine bessere Aufteilung der Verantwortlichkeiten und einen starken Schutz der Menschenrechte mit besonderem Augenmerk auf gefährdete Menschen.

Die Europäische Agentur Frontex muss in eine echte europäische Grenz- und Küstenwache umgewandelt werden. Dafür soll die Zahl der Frontex-Mitarbeiter auf 30.000 verdreifacht werden. Das Mandat von Frontex sollte sich auf drei Prioritäten konzentrieren: Verhinderung der illegalen Einwanderung in die EU,

Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Sicherung der EU-Außengrenzen und verstärkte Rückführung illegaler Migranten in ihre Länder.

Ebenfalls muss es sichere und legale Wege für die Einwanderung nach Europa geben. Die Arbeitsmigration hat erhebliche territoriale Auswirkungen und bringt sowohl Chancen als auch Herausforderungen für alternde und demografisch schrumpfende Gesellschaften mit sich.

Europa muss Schutzsuchenden gemäß Genfer Konvention Schutz gewähren. Diese Menschen sollten wir gerecht zwischen den Mitgliedstaaten aufteilen. Menschen, die Schutz in der EU erhalten, müssen sich selbstverständlich an die Regeln halten, die wir uns in unseren liberalen Demokratien gegeben haben. Dazu gehören die wesentlichen Menschenrechte wie die Gleichstellung von Männern und Frauen oder das Recht auf freie Meinungsäußerung. Menschen, die nach Europa gelangt sind und deren Aufenthaltsrecht geklärt werden muss, sollten eine sehr schnelles Verfahren durchlaufen, um die Situation eines ungeklärten Status möglichst kurz zu halten.

Menschen, deren Aufenthaltsrecht abgelehnt wird, müssen auch zurück in ihr Ursprungsland geführt werden. Da Rückführungen in der Praxis aber sehr schwierig durchführbar sind und durch sie zahlreiche ungeklärte Situationen entstehen, ist es besser, die Überprüfung an den Außengrenzen vorzunehmen. Wie diese Kontrolle in der Praxis aussehen wird, ist die entscheidende Frage der nächsten Jahre. Dabei ist immer zu berücksichtigen, dass es sich bei den Antragstellern um Menschen handelt, oftmals auch um Kinder, weshalb entsprechende Kontrollen unter allen Umständen im Respekt der geltenden Gesetze und unter Wahrung der Menschenwürde erfolgen müssen.

1.6 Gesundheit

Europas Gesundheitssektor darf nicht kaputtgespart werden!

Nichts ist wichtiger als die eigene Gesundheit. Und Gesundheitsthemen gehen über nationale Grenzen hinaus. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass viele Mitgliedstaaten viel zu abhängig von der Produktion so einfacher Produkte wie z.B. Mundmasken aus Drittstaaten waren. Europa ist nach wie vor sehr gut aufgestellt, was die Forschung und das Entwickeln neuer Medikamente oder medizinischer Instrumente angeht. Wir müssen aber auch die Produktion der Medikamente und medizinischen Instrumente in strategisch wichtigen Bereichen verstärkt zurück nach Europa holen.

Wir wollen eine zugängliche, hochwertige Gesundheitsversorgung für alle Bürger, unabhängig von ihrem sozioökonomischen Status oder ihrer Herkunft. Die Verringerung gesundheitlicher Ungleichheiten sollte die Kernaufgabe der EU sein. Zu diesem Zweck ist es von entscheidender Bedeutung, das Lohngefälle zu beseitigen, um die Abwanderung von Gesundheitsfachkräften aus einigen europäischen Regionen, insbesondere in ländlichen Gebieten, zu stoppen.

Der Gesundheitssektor als solcher, inklusive der Menschen, die in Kranken- und Pflegeheimen arbeiten, muss als systemrelevant erkannt und entsprechend unterstützt werden. Ein Kaputtsparen dieses Sektors durch einseitige Haushaltskürzungen muss endlich gestoppt und der Sektor so aufgebaut und finanziert werden, dass wir bei der nächsten Krise resilienter und stärker sind.

Wir wollen eine echte europäische Gesundheitsunion schaffen, um auf grenzüberschreitende Bedrohungen vorbereitet und dafür gerüstet zu sein, die Widerstandsfähigkeit unserer Gesundheitssysteme und ihre Interoperabilität zu verbessern, die besten Ärzte und Krankenschwestern auszubilden, unsere Versorgungsketten zu diversifizieren und strategische Vorräte anzulegen, um Engpässe bei Arzneimitteln und Medizinprodukten zu vermeiden und sie für alle Bürger zugänglich zu machen.

Wir wollen auch in der medizinischen Forschung und der pharmazeutischen Innovation weltweit führend sein und den Zugang zu klinischen Studien verbessern, insbesondere zur Bekämpfung seltener Kinderkrankheiten, für die nicht genügend Forschungsmittel zur Verfügung stehen. Übergewinne im Pharmasektor gilt es durch entsprechende Rahmengesetzgebungen zu Gunsten der Patienten und der Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten zu verringern, ohne die Innovationskraft der Pharmaunternehmen zu zerstören.

Wir wollen den EU-Forschungshaushalt für den Zeitraum 2024-2027 verdoppeln und gleichzeitig das Ziel setzen, bis 2030 4 % des europäischen BIP für Forschung und Innovation aufzuwenden.

In der Krebsforschung sind europäische Forscher weltweit anerkannt. Diese gute Ausgangsposition gilt es zu verteidigen. Wir sind die politische Kraft, die in den vergangenen Jahren die Gesundheit ganz oben auf die europäische politische Agenda gesetzt hat, indem wir einen konkreten europäischen Plan zur Krebsbekämpfung vorgelegt haben, der Mittel in Höhe von vier Milliarden Euro vorsieht.

Im Jahr 2020 gab es in der EU 1,7 Millionen Todesfälle aufgrund von Krankheiten des Kreislaufsystems, was fast 33 Prozent aller Todesfälle entsprach. Die Zahlen für Belgien sind ebenso alarmierend: Mehr als eine Million Belgier leiden an Herz-Kreislauf-Erkrankungen und wir verzeichnen fast 30.000 Todesfälle pro Jahr. Es ist also deutlich, dass Europa einen Plan für Herz-Kreislauf-Gesundheit benötigt. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern wie Tschechien, Polen oder Spanien verfügt Belgien nicht über einen nationalen Plan, um diese Erkrankungen ganzheitlich zu bekämpfen. Wir müssen Herz-Kreislauf-Erkrankungen deutlich besser vorbeugen, kardiovaskuläre Todesfälle vermindern und die Versorgung der Patienten verbessern. Viele Ursachen wie Bluthochdruck bleiben bei noch viel zu vielen Menschen unentdeckt. Und weil Krankheiten nicht an Grenzen haltmachen, ist ein gemeinsamer europäischer Ansatz sinnvoll.

Gemeinsam mit der EVP setzen wir uns daher für einen „Europäischen Plan für Herz-Kreislauf-Gesundheit“ ein, der ein Europäisches Wissenszentrum umfassen und gemeinsame Gesundheitschecks für Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes etablieren soll. Wir kämpfen weiter dafür, dass diese Forderung auch durch den Rat (EU-Mitgliedstaaten) unterstützt wird!

1.7 Digitales Europa

Was schon gemacht wurde:

Digital Services Act (DSA): Das Gesetz über digitale Dienste zielt darauf ab, einen sicheren digitalen Raum zu schaffen, in dem die Grundrechte der Nutzer gesichert und die Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen gleich sind.

CSAM: Zum Schutz von Kindern online sollten Internetanbieter dazu verpflichtet werden, potenzielle Risiken in Bezug auf den sexuellen Missbrauch von Kindern zu überprüfen.

Media Freedom Act: Der Kommissionsvorschlag will das Problem der Medienkonzentration angehen und ein neues unabhängiges Europäisches Gremium für Mediendienste schaffen, das aus nationalen Medienbehörden besteht.

eID – Ein europäisches Identifizierungsmittel: Die eID ist in der Mache und jeder EU-Bürger kann diese beantragen, um sich im Netz zu identifizieren. So können elektronische Transaktionen sicher durchgeführt werden. Die eID kann dazu verwendet werden, E-Mails zu überprüfen, online einzukaufen, Telefone zu entsperren oder den Zugang zu öffentlichen Behörden in anderen Mitgliedstaaten auch für betroffene Unternehmen zu erleichtern. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass eine solche Nutzung nicht verpflichtend wird und dass Bürger, die über keine eID verfügen, nicht benachteiligt werden – ähnlich wie im Rahmen der Abschaffung der Bankautomaten.

Die Digitalisierung stellt an vielen Stellen eine Chance dar, aber wir müssen sicherstellen, dass Menschen ohne Zugang zum Internet niemals benachteiligt werden.

KI-Rechtsrahmen (AI-Act): Das KI-Gesetz der EU ist das erste Gesetz weltweit, das Künstliche Intelligenz reguliert. Es garantiert ethische Grundsätze, fördert aber auch Innovation. Das Gesetz unterscheidet grundsätzlich KI-Systeme mit hohem Risiko, für die besondere Anforderungen gelten, und Anwendungen mit geringem Gefahrenpotential, für die weniger Auflagen gelten. Nutzer müssen in Zukunft u.a. erkennen können, dass Inhalte KI-generiert sind, was insbesondere bei so genannten „Deepfakes“ relevant ist. Systeme, die Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, Religion oder sexuellen Orientierung in Kategorien einteilen, sind verboten. Das ungezielte Auslesen von Bildern aus dem Internet oder aus Überwachungskameras für Datenbanken ist ebenfalls untersagt. Ausnahmen gibt es nur nach vorheriger richterlicher Genehmigung für biometrische Identifizierungen im öffentlichen Raum in Echtzeit, etwa wenn die Polizei einen Anschlag verhindern will oder nach Opfern von Menschenhandel sucht.

Was wir machen müssen:

Wir müssen unsere Kinder im Netz besser schützen! Um unsere Kinder besser vor illegalen oder verstörenden Inhalten zu schützen, müssen wir die aktuelle Gesetzgebung konsequenter anwenden und verschärfen.

Um auf die Gefahren des Internets und der Social-Media-Anwendungen für unsere Kinder aufmerksam zu machen und die beliebtesten Plattformen wie Facebook/Instagram, Snapchat oder TikTok mit konkreten Verletzungen bestehender Regeln zu konfrontieren, habe ich am 31. Januar 2024 eine Anhörung im Europäischen Parlament organisiert. In diesem Rahmen hat die Bestseller-Autorin und Schuldirektorin Silke Müller u.a. für eine deutlich strengere Handhabung der Zugangsbedingungen für Kinder in Bezug auf die Social Media plädiert.

Der aktuelle Text des Digital Services Act (DSA) sieht in Artikel 28 Folgendes vor: *„Anbieter von Online-Plattformen, die für Minderjährige zugänglich sind, müssen geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen ergreifen, um für ein hohes Maß an Privatsphäre, Sicherheit und Schutz von Minderjährigen innerhalb ihres Dienstes zu sorgen“*. Die Plattformen wurden durch die Europäische Kommission aufgefordert, zunächst in Form einer Risikoabwägung zu beschreiben, ob Risiken für Minderjährige vorliegen. Infolgedessen müssen sie dann *„geeignete Maßnahmen“* zu ihrer Verhinderung vorlegen. Da TikTok dies völlig unzureichend getan hat, hat die Europäische Kommission am 19. Februar 2024 ein Verfahren gegen das Unternehmen eröffnet. Konkret wird geprüft, ob TikTok genug gegen die Verbreitung illegaler Inhalte unternimmt und etwa beim Jugendschutz und Werbetransparenz gegen EU-Regeln verstoßen hat. Dies ist ein erster guter und richtiger Schritt!

Ich bin aber der Überzeugung, dass wir zumindest für die Altersbeschränkung und Identifizierung von Minderjährigen (TikTok ist z.B. laut eigener AGB erst für 13-Jährige zugänglich) eine neue, spezifische und viel strengere Gesetzgebung brauchen. Nur wenn sicher ist, dass ein Jugendlicher ein bestimmtes Alter erreicht hat und er sich klar identifizieren konnte (unter Berücksichtigung des Einverständnisses eines Erziehungsberechtigten), sollte er Zugang zu gewissen Plattformen erlangen. Zudem müssen Inhalte auf Plattformen altersgerecht sein. Die Plattformen können solche Kriterien jetzt schon technisch umsetzen, weshalb der gesetzliche Rahmen schnellstmöglich angepasst werden sollte.

Mit dem spanischen EVP-Kollegen Pablo Arias Echeverria habe ich auf dem EVP-Programmkongress in Bukarest eine dringende Resolution eingereicht, um genau diesen Punkt in das EVP-Wahlmanifest aufzunehmen. Diese Resolution wurde am 6. März 2024 mit großer Mehrheit angenommen.

An aerial photograph showing a tractor plowing a large field of brown soil. The tractor is moving from the top left towards the bottom right, leaving a dark furrow behind it. In the foreground, there is a lush green field with some yellowish patches, possibly a different crop or a field in a different stage of growth. The overall scene is a rural landscape.

Ländliche Gebiete
vertreten – 30 % der
Menschen in Europa
leben im ländlichen
Raum

2. Priorität



II. LÄNDLICHE GEBIETE VERTRETEN

Ich lebe in Ostbelgien und vertrete unsere Region seit 10 Jahren im Europäischen Parlament. Wir sind ein kleines, ländlich geprägtes Gebiet, das an drei Außengrenzen und zwei Sprachengrenzen innerhalb Belgiens liegt. Unsere Sichtweise auf die Dinge ist geprägt von dieser Vielschichtigkeit, den unterschiedlichen angrenzenden Rechtsräumen, dem Handwerk, der Landwirtschaft und zwei kleinen Städten und den vielen Dörfern, in denen wir wohnen, arbeiten, leben und Familien gründen.

Der ostbelgische Blick auf europäische Politik ist sehr wertvoll. Bei den Entscheidungen in Brüssel oder Straßburg ist immer wieder darauf zu achten, dass die Bedürfnisse der Menschen aus ländlichen Gebieten nicht vergessen werden. Bei vielen Entscheidungen, die in den Hauptstädten vorbereitet werden, muss nachgebessert werden – damit sie auch in ländlichen Gebieten funktionieren. In Ostbelgien kommt hinzu, dass wir in unmittelbarer Grenznähe mehrerer Nachbarstaaten wohnen und arbeiten, was viele Vorteile, aber auch einige Nachteile mit sich bringt.

Meine Aufgabe als ostbelgischer Abgeordneter ist es, die Lebensrealität der Menschen, die in Gebieten wie Ostbelgien leben, in die Gesetzgebungsprozesse einfließen zu lassen. Dabei gilt es, einen permanenten Blick auf die aktuellen Gesetzestexte zu haben und dort einzugreifen, wo Gesetzesvorhaben allein auf städtische Strukturen oder die dort vorherrschenden Lebensbedingungen zugeschnitten wurden. Die politischen Entscheidungen und Weichenstellungen müssen auch dort machbar und umsetzbar sein, wo weniger Menschen leben und es weite Distanzen zwischen den Ortschaften gibt.

Beispiel Mobilität: Verbrenner-Verbot

Viele Menschen, die in ländlichen Gebieten wie Ostbelgien leben, sind für ihre täglichen Besorgungen und für ihre Arbeit auf das Auto angewiesen. Darum ist es wichtig, dass das Autofahren auch in Zukunft bezahlbar bleibt. Bereits heute wird deutlich, dass Autos mit E-Batterie in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen werden. Im EU-Parlament habe ich mich aber gegen das geplante generelle Verbrenner-Verbot ab dem Jahr 2035 eingesetzt und auch gegen das Verbot gestimmt.

Wir brauchen kein Verbot, sondern einen Kompromiss zu klimaneutraler Mobilität, bei dem auch ein deutlich optimierter Verbrennungsmotor, der zum Beispiel mit klimaneutralen synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels) laufen könnte, eine Rolle spielen muss. Das angestrebte Verbot ab 2035 ist in meinen Augen ein großer strategischer Fehler. Denn nach wie vor ist nicht sichergestellt, dass die notwendige Ladeinfrastruktur auch und vor allem in ländlichen Gebieten aufgebaut wird.

Beispiel Reform der Führerschein-Richtlinie

In ihrem Vorschlag zur Reform der so genannten Führerschein-Richtlinie hatte die EU-Kommission vorgeschlagen, die Gültigkeitsdauer für die Führerscheine von Über-70-Jährigen auf fünf Jahre zu begrenzen.

Diese Idee habe ich abgelehnt, denn auf dem Land sind viele ältere Menschen ganz einfach auf ihr Auto angewiesen. Deshalb hatte ich im Vorfeld gemeinsam mit Kollegen meiner Fraktion entsprechende Änderungsanträge eingebracht. Mit Erfolg, denn die Änderungsanträge wurden angenommen und der Vorschlag der Kommission ist in der Position des EU-Parlaments nicht mehr vorhanden.

Beispiel Bankautomaten

Zurzeit arbeitet das Europäische Parlament an einer Verordnung, mit der der Zugang zu Bargeld in Europa verbessert werden soll. In diesem Rahmen setze ich mich für eine Quote für ländliche Gebiete wie Ostbelgien ein, durch die in jeder Gemeinde ausreichend Bankautomaten zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Bewohner einer ländlichen Gemeinde müssen das Recht auf Zugang zu Finanzdienstleistungen haben. Gerade um das Leben im ländlichen Raum attraktiv zu halten, ist es wichtig, grundlegende Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, ohne dass viele Kilometer zurückgelegt werden müssen. Auch für die ältere Bevölkerung ist ein solches Angebot elementar.

Beispiel familiäre Landwirtschaft

Die Landwirtschaft spielt in Ostbelgien immer noch eine wichtige Rolle. Doch die traditionelle familiäre Landwirtschaft nimmt ab. Und das ist gefährlich, denn gerade die Landwirte, die wie bei uns in Ostbelgien nah an der Natur und respektvoll mit ihren Tieren arbeiten, dürfen nicht durch einige wenige Großbetriebe ersetzt werden. Im Sinne der in Ostbelgien noch bestehenden familiären Landwirtschaft wehre ich mich immer wieder vehement gegen weitere bürokratische Auflagen für die hiesigen Landwirte.

Ein Beispiel war die Debatte um die Reform der so genannten EU-Richtlinie über Industrieemissionen. Gemeinsam mit meinem belgischen Kollegen Benoît Lutgen habe ich mich für eine Ausnahme der Rindviehhaltung in diesem Gesetz eingesetzt. Die EU-Kommission hatte in ihrem Richtlinienvorschlag nämlich vorgesehen, landwirtschaftliche Betriebe mit 150 Kühen als industrielle Betriebe einzustufen. Dadurch wären in Ostbelgien allein rund 20 Prozent der Betriebe betroffen gewesen. Diese hätten für die Umsetzung wieder viel Geld in die Hand nehmen müssen. Das war in unseren Augen einfach nicht zumutbar, da auch die messbaren Effekte in Bezug auf die Emissionsreduktionen nur marginal gewesen wären. Landwirtschaftliche Betriebe mit Milchkühen können nicht mit Kraftwerken, Raffinerien oder Chemiewerken in einen Topf geworfen werden.

An aerial photograph of a church complex and surrounding residential area. The church is a large white building with a prominent steeple. To its left is a smaller white building with a cupola. The church is surrounded by a parking lot and a road. In the foreground, there are several houses, including a large white house and a red barn. The trees are in autumn, with yellow and orange leaves. A pond is visible on the right side of the image.

Grenzbewohner
vertreten

3. Priorität



Täglich passieren insgesamt mehr als 10.000 Menschen aus Ostbelgien für ihre Arbeit die Grenzen. Ich habe mir es zur Aufgabe gemacht, Sprachrohr für die Menschen zu sein, die in Ostbelgien mit Problemen konfrontiert sind, weil sie direkt neben einer Grenze wohnen oder in einem benachbarten Land arbeiten.

3.1. DAS EUROPAHAUS OSTBELGIEN

Die Unterstützung für die Grenzgänger kann einerseits langfristig dadurch verbessert werden, dass Ungereimtheiten im Arbeits-, Steuer- und Sozialrecht gesetzlich abgebaut werden. Andererseits müssen wir aber auch unmittelbare Hilfestellung für Bürger leisten und die anliegenden Problemfälle korrekt, schnell und vor allem unbürokratisch lösen.

Das Europahaus Ostbelgien in Eupen ist eine direkte Anlaufstelle für all diese Fragen. In der aktuellen Periode haben wir über 1.000 Akten bearbeiten können.

Auch die Arbeit an den Gesetzestexten im Europäischen Parlament ist wichtig, weil hier viele u.a. für Grenzgänger relevante Themen entschieden werden.

Wir haben zudem ein starkes Netzwerk von Experten im Bereich der Grenzgängerfragen aufbauen können. Wir tauschen uns regelmäßig mit diesen Experten aus und suchen gemeinsam nach Lösungen. Auch tragen wir ihre Anfragen an die europäischen Behörden heran.

Wir arbeiten u.a. mit folgenden Experten zusammen:

- Grenzgängerdienste der Gewerkschaften und Krankenkassen;
- Euregio Maas-Rhein;
- Grenzfachpunkt.

3.2. GEOBLOCKING IM GRENZRAUM AUFHEBEN

Bereits seit vielen Jahren mache ich in Brüssel bei der Kommission, bei den Mitgliedstaaten und bei den verschiedenen Anbietern und Sendeanstalten auf das Problem des Geoblockings audiovisueller Inhalte aufmerksam.

Als Verhandlungsführer meiner Fraktion war ich für die Beurteilung der Umsetzung der so genannten Geoblocking-Verordnung im Rechtsausschuss des EU-Parlaments zuständig. Diese Aufgabe habe ich dazu genutzt, eine Ausnahmeregelung für Sprachminderheiten einzufordern. Das Parlament nahm diese Forderung mehrheitlich an. Jetzt ist die EU-Kommission gefordert, entsprechende Lösungsvorschläge für eine solche „Ostbelgienklausel“ auszuarbeiten.

3.3. FÖRDERMITTEL FÜR OSTBELGIEN SICHERN

Seit Beginn meines Mandats im EU-Parlament habe ich mich als effektives Mitglied im Ausschuss für Regionalpolitik (REGI) für eine starke Förderung der Grenzregionen eingesetzt. Überdies wurde ich zum Vize-Präsidenten dieses Ausschusses bestimmt.

Die Arbeit in diesem Ausschuss ist für unsere Region wichtig, da dort die sogenannten Strukturfonds behandelt und bestimmt werden. Über die Strukturfonds der EU-Regionalpolitik werden seit vielen Jahren Initiativen und Organisationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft finanziell unterstützt. Hierzu zählen insbesondere die grenzüberschreitenden INTERREG-Projekte, für die ich mich als Verhandlungsführer des EU-Parlaments federführend einsetzen durfte (siehe hierunter). Der Europäische Sozialfonds (ESF+) – ebenfalls ein EU-Strukturfonds – unterstützt viele soziale und beschäftigungspolitische Projekte in unserer Region.

Bei uns vor Ort werden also zahlreiche, nicht nur grenzüberschreitende Projekte über diese Fonds finanziert. Hier gilt es, auch in Zukunft darauf zu achten, dass Grenzregionen wie Ostbelgien berücksichtigt werden.

INTERREG-Programm – Projekte, um das Leben an der Grenze zu vereinfachen

Die Deutschsprachige Gemeinschaft und die in Ostbelgien ansässigen Projektträger haben in den letzten Jahren zahlreiche grenzüberschreitende Projekte im Rahmen von INTERREG verwirklichen können. All diese Projekte haben das Ziel, den Alltag der Menschen in Grenzgebieten zu vereinfachen und lebenswerter zu gestalten. Als Beispiel kann hier der RAVeL-Rad-und-Wanderweg, die Kooperation von Polizeidiensten oder die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern genannt werden. Als Verhandlungsführer des EU-Parlaments war ich für die Vergabekriterien dieses Programms in Bezug auf die aktuelle Förderperiode verantwortlich. Bei der Ausarbeitung stand ich im ständigen Austausch mit den Verantwortungsträgern in der Euregio Maas-Rhein, deren Input mit einfließen konnte. Das aktuelle INTERREG-Programm ist daher auch stark ostbelgisch geprägt.

Als Partnerregion in der Euregio Maas-Rhein und der Großregion ist die Deutschsprachige Gemeinschaft an gleich zwei INTERREG-Programmen beteiligt. In den vergangenen Jahren sind dadurch rund 50 Millionen Euro nach Ostbelgien geflossen.

Europäischer Sozialfonds (ESF+) – Projekte für soziale Zwecke in Ostbelgien

Ein weiterer für Ostbelgien wichtiger Strukturfonds ist der Europäische Sozialfonds (ESF+). Die DG profitiert schon seit 1992 von einem eigenen ESF-Programm. Nach Angaben des DG-Ministeriums werden jährlich etwa 2.000 Menschen direkt oder indirekt durch Angebote, die der ESF kofinanziert, unterstützt. Zu den Angeboten gehören u.a. Maßnahmen des Arbeitsamtes zur Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt oder Projekte der Beschützenden Werkstätten. Für die Förderperiode 2021-2027 stehen der DG insgesamt zehn Millionen Euro europäische Mittel aus dem ESF+ zur Verfügung. Auch hier bestimmt der Ausschuss für regionale Politik die Rahmenbedingungen, wonach die europäischen Regionen Mittel aus den EU-Töpfen erhalten.

NextGenerationEU: Ausbau des Glasfasernetzes in Ostbelgien – finanziert mit Hilfe der EU

Mit dem europäischen Aufbauplan („NextGenerationEU“) sollen die Folgen der Corona-Krise in Wirtschaft und Gesellschaft behoben und Investitionen in moderne und nachhaltige Zukunftsprojekte ermöglicht werden.

Davon profitiert auch sehr konkret Ostbelgien. Denn für die DG sind aus dem EU-Aufbauplan 40 Millionen Euro vorgesehen. Insgesamt wurden die Mittel für die folgenden 4 Projekte vorgesehen:

- Erweitertes Energiesubventionsprogramm (Energieprämien)
- Renovierung von Sozialwohnungen
- Ausbaus eines flächendeckenden Glasfasernetzwerks
- Digitalisierung im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft

3.4. ZUSAMMENARBEIT MIT DER DG-REGIERUNG

In der vergangenen Legislaturperiode konnte eine feste und strukturierte Zusammenarbeit mit der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft etabliert werden:

Arbeitsgemeinschaft EU-DG

Im Rahmen der COVID-Krise wurde die parteiübergreifende Arbeitsgruppe EU-DG mit dem Ziel gegründet, die DG u.a. auf die Kriterien zur Nutzung der EU-Hilfsmittel im Rahmen der Corona-Krise vorzubereiten und auf die an den Grenzübergängen auftretenden Probleme einzugehen. Hinzugezogen zu den Beratungen der Arbeitsgruppe wurden der damalige DG-Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz sowie der Geschäftsführer der Euregio Maas-Rhein, Michael Dejozé.

Taskforce Geoblocking

Eine weitere Initiative ist die „Taskforce Geoblocking“, die ich gemeinsam mit DG-Ministerpräsident Oliver Paasch ins Leben gerufen habe. Hier arbeiten wir parteiübergreifend und auch mit Partnern wie Südtirol daran, Verbesserungen für Sprachminderheiten in Bezug auf den Zugang zu audiovisuellen Inhalten in der Muttersprache zu erreichen – etwa durch Gespräche mit der ARD oder der Deutschen Fußball Liga (DFL), die für die Rechte zur Übertragung der Bundesliga-Spiele zuständig ist.

Taskforce Bankautomaten

Darüber hinaus arbeite ich gemeinsam mit der DG-Regierung und den DG-Bürgermeistern in der von uns ins Leben gerufenen „Taskforce Bankautomaten“ daran, den Druck auf den belgischen Bankensektor zu erhöhen und ein besseres Angebot in Bezug auf die Bankautomaten für unsere Region zu erreichen.

Regelmäßige Informationen an die Regierung der DG

Gewisse Gesetzgebungen auf europäischer Ebene haben einen direkten Einfluss auf den Rechtsrahmen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Daher informiere ich die Regierung der DG immer dann, wenn es solche direkten Schnittpunkte gibt. So gab es Arbeitstreffen zum Thema Ausbau erneuerbarer Energien und der Verkürzung der Genehmigungsfristen (RED-IV) oder auch zum finanzpolitischen Rahmen der EU mit direkten Folgen für den Haushalt der DG.

Diese Form der Zusammenarbeit möchte ich weiter institutionalisieren und den permanenten Austausch mit der DG-Regierung und dem Parlament der DG fortsetzen.

The image features the European Union flag, which is a blue field with twelve five-pointed gold stars arranged in a circle. The flag is shown waving against a light, overcast sky. The text "Unsere Mannschaft für Europa" is overlaid on the flag in a white, bold, sans-serif font.

**Unsere Mannschaft
für Europa**



UNSERE MANNSCHAFT FÜR EUROPA

EFFEKTIVER KANDIDAT:

Pascal ARIMONT

BÜLLINGEN

ERSATZKANDIDATEN:

1. Fabrice PAULUS

EUPEN

2. Steffi PAUELS

SCHÖNBERG

3. Belinda GEIBEN

BURG-REULAND

4. Saskia LANGER

BÜTGENBACH

5. Daniel FRANZEN

NIDRUM

6. Tom PEERBOOM

KELMIS



Wohnort: Eupen

Alter: 46 Jahre

Beruf: Steuerberater

Hobbys: Wandern, Skifahren, Lesen, Zeit mit meiner Frau und Kindern verbringen

Warum ist es wichtig, dass es für uns Ostbelgier die EU gibt?

Ich habe das Privileg, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Ostbelgien geboren zu sein und hier zu leben. Aufgewachsen bin ich mit dem europäischen Projekt, das für bisher nie gekannten Frieden und Wohlstand steht. Was unsere Vorfahren nach dem 2. Weltkrieg aufgebaut haben, gilt es zu erhalten. Das geht nicht, wenn man sich auf dem Erreichten ausruht. Nichts ist so gut, dass es nicht noch verbessert werden könnte.

Trotz der Kritik an der EU wollen immer mehr Länder und Menschen zu uns kommen. So schlecht kann das europäische Projekt demnach nicht sein. Seit mehr als zwei Jahrzehnten beschäftige ich mich beruflich mit der Thematik der Grenzländer innerhalb Europas. Einerseits selbst als Grenzländer und andererseits als Steuerberater seit nunmehr 15 Jahren auch für den Großteil meiner Kunden. Die Entscheidungen für unser gemeinsames Europa werden in Brüssel, Straßburg und in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten getroffen. Ob dies gelingt, entscheidet sich im tatsächlichen Zusammenleben der Bürger Europas und dies insbesondere in den Grenzregionen.

Was motiviert dich, auf der EU-Liste der CSP mitzumachen?

An erster Stelle steht da die Unterstützung für unseren Spitzenkandidaten Pascal Arimont. Das Mandat im EU-Parlament für die Einwohner der DG sollte auch weiterhin durch ihn wahrgenommen werden, wo es in sehr, sehr guten Händen ist. Wir als CSP und insbesondere Pascal zeigen, wie europäische Politik zu den Menschen gebracht werden kann, aber auch von diesen Menschen wieder zurück ins Parlament. Durch seine Besuche vor Ort in Unternehmen, in Schulen, bei Verbänden oder mit den Bürgern bringt Pascal die EU zu den Menschen in Ostbelgien. Viel wichtiger jedoch ist, dass er auch dort zuhört und die Anregungen und Kritiken aufnimmt, die er anschließend nach Brüssel und Straßburg mitnimmt, um dort Mittel und Wege zu finden, die Probleme zu lösen und die Dinge für die Bürger einfacher zu machen. Wir müssen tagtäglich die Bürgerinnen und Bürger für Europa begeistern. Die EU ist nicht nur unsere Chance, sondern auch die für unsere Kinder und unsere Nachfahren. Eine Zukunft ohne die EU ist für mich keine Option.



Wohnort: Schönberg

Alter: 32 Jahre

Beruf: Deutsch- und Englischlehrerin am Königlichen Athenäum Sankt Vith
Vize-Fraktionsvorsitzende & Mitglied des Parlaments der DG

Hobbys: Musikverein Schönberg (Posaune)

Warum ist es wichtig, dass es für uns Ostbelgier die EU gibt?

Wir leben im Herzen Europas und erleben als Bürger einer Grenzregion den europäischen Gedanken und die damit einhergehenden Vorteile tagtäglich. Unsere Region erhält finanzielle Unterstützung und Fördermittel, die es uns ermöglichen, wichtige Projekte zu finanzieren. Außerdem können wir durch das Mandat von Pascal Arimont aktiv an Entscheidungsprozessen teilnehmen, die unsere Region betreffen und unsere Interessen auf europäischer Ebene vertreten.

Was motiviert dich, auf der EU-Liste der CSP mitzumachen?

Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinschaftspolitikern und EU-Parlamentariern ist wichtig, um effektive Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln. Dies möchte ich anhand von vier Beispielen darlegen, die verdeutlichen, wie eine enge Zusammenarbeit auf lokaler und europäischer Ebene positive Veränderungen bewirken kann:

Akte 1: Wir verlieren unsere Kinder: Unser Ziel ist es, ein Lernumfeld zu schaffen, das frei von den Ablenkungen und Unterbrechungen ist, die Mobiltelefone mit sich bringen. Wir verstehen die Vorteile, die Technologie bietet, doch in der Schule sollte der Fokus auf dem Lernen, der persönlichen Interaktion und der sozialen Entwicklung liegen.

Akte 2: Verbesserung der Bankdienstleistungen: Wir appellieren gemeinsam an die verschiedenen politischen Ebenen Belgiens, lokale Bankdienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger aus Ostbelgien zu gewährleisten.

Akte 3: Themenabend zur Künstlichen Intelligenz: Seit ChatGPT besteht kein Zweifel daran, dass Künstliche Intelligenz auch unsere Schulbildung verändert. KI wird unser Bildungswesen fundamental prägen, Althergebrachtes verändern und etablierte Gewohnheiten umwälzen. Es braucht eine offene Diskussion mit Experten!

Akte 4: Traktorführerscheine: Wir fordern Verbesserungen beim Traktorführerschein. Die Kurse werden für den Führerschein der Klasse G nicht in der DG angeboten. Anwärter müssen bis in die Provinz Luxemburg fahren, wo der Kursus aber nicht auf Deutsch angeboten wird. Mit dem neuen Geschäftsführungsvertrag mit dem LSZ sollen diese Kurse nun in Sankt Vith angeboten werden. Zudem fordern wir eine EU-weit gültige gegenseitige Anerkennung.



Wohnort: Koller - in der Nähe von Burg-Reuland

Alter: 38 Jahre

Beruf: Landwirtin

Hobbys: Eigentlich muss ich zugeben, dass mein Beruf auch mein größtes Hobby ist. Ich bin seit dem Jugendalter immer in Gremien und Arbeitsgruppen verschiedener landwirtschaftlicher Organisationen tätig gewesen, sei es als Präsidentin des Grünen Kreises oder in der Zukunftsgruppe der Molkerei (Milch Union Hocheifel). Aktuell bin ich im Vorstand des ostbelgischen Bauernbundes und im höchsten Gremium der Molkerei Arla tätig. Nebenbei bin ich auch ein aktives Mitglied des Dorflebens.

Warum ist es wichtig, dass es für uns Ostbelgier die EU gibt?

Für mich ist es sehr wichtig, dass wir als Ostbelgier und Belgier zu Europa gehören. Die EU gibt uns seit Jahren Sicherheit und Schutz in einer starken Demokratie.

Wenn wir als Europäer alle zusammen mit einer Stimme nach außen auftreten, haben wir ein gewisses Maß an Stärke und Akzeptanz auf globaler Ebene. Wir können uns ganz anders positionieren, sind ein stärkerer Verhandlungsführer und ernstzunehmender Akteur in allen Bereichen, sei es Handel, Entwicklung, Klima, usw.

Was motiviert dich, auf der EU-Liste der CSP mitzumachen?

Mich motiviert die bodenständige Art, die die CSP nach vorne trägt: alltagstaugliche, pragmatische und solide Ziele – das was Ostbelgien in seiner Struktur braucht.

Wir sind eine Region, in der viele Leute Urlaub machen, eine Region geprägt durch seine Landwirtschaft und seine Wirtschaft. Ganz nach dem Motto: Leben heißt handeln, möchte ich nicht nur zusehen, sondern auch handeln und aktiv mitgestalten an unser aller Tun und Sein in Ostbelgien.



Wohnort: Bütgenbach

Alter: 25 Jahre

Beruf: Sekundarschullehrerin (Deutsch und Englisch)

Co-Vorsitzende der Jungen Mitte

Hobbys: Trainerin für Rhythmische Sportgymnastik, Laufen, Rat der Jugend

Warum ist es wichtig, dass es für uns Ostbelgier die EU gibt?

Insgesamt ist die EU-Mitgliedschaft für uns Ostbelgier von großer Bedeutung, da sie wirtschaftliche, kulturelle, politische und soziale Vorteile bietet und dazu beiträgt, unsere Interessen (durch unseren Abgeordneten Pascal Arimont) auf internationaler Ebene zu vertreten.

Dies zeigt sich in zahlreichen Beispielen: Wir können ohne Probleme im Nachbarland einkaufen und arbeiten gehen. Kulturelle und soziale Vorteile erkenne ich vor allem bei meiner Arbeit im RDJ, wo Jugendliche aus allen EU-Ländern regelmäßig auf den europäischen Jugendkonferenzen zusammenkommen. Des Weiteren schützt und fördert die EU die kulturelle Vielfalt und die Rechte von sprachlichen Minderheiten.

Was motiviert dich, auf der EU-Liste der CSP mitzumachen?

Was mich motiviert, auf der EU-Liste der CSP mitzumachen, ist die Chance, die Interessen und Anliegen der jungen Ostbelgier zu vertreten und eine inklusivere Gesellschaft auf europäischer Ebene zu fördern. Ich glaube daran, dass die EU eine wichtige Rolle bei der Förderung von Vielfalt und Gleichberechtigung spielt. Als Mitglied der CSP-Liste möchte ich dazu beitragen, dass die Stimme der jungen Ostbelgier gehört wird und wir Jugendliche eine positive Zukunftsperspektive erhalten.



Wohnort: Nidrum

Alter: 41 Jahre

Beruf: Bürgermeister der Gemeinde Bütgenbach, Sekundarschullehrer

Hobbys: In unserer schönen Natur spazieren, Schwimmen/Sauna, Kochen/Backen, Tanzen, Geselligkeit

Warum ist es wichtig, dass es für uns Ostbelgier die EU gibt?

Als Bürgermeister einer Grenzgemeinde erfahre ich durch unsere guten Kontakte zur Stadt Monschau, wie wichtig grenzüberschreitende Verbindungen und Zusammenarbeit sind. Wir – und gewiss auch alle Gemeinden in vergleichbarer Situation – leben schon das, was in Brüssel oder Straßburg oft noch theoretisch diskutiert wird. Feststellen müssen wir aber leider auch regelmäßig, dass uns in manchen Situationen immer noch administrative Hürden im Weg stehen.

Zudem wird man regelmäßig mit der Grenzgänger-Problematik konfrontiert. Ein Dauerbrenner, der unbedingt Vereinfachung erfahren muss. Die EU hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Vergangenheit maßgeblich vereinfacht und auch so manches Vorhaben finanziell unterstützt. Weitere Verbesserungen können nur erzielt werden, wenn Erfahrungswerte betroffener Regionen ins EU-Parlament getragen werden.

Was motiviert dich, auf der EU-Liste der CSP mitzumachen?

Zum dritten Mal kandidiere ich mit Pascal Arimont auf der EU-Liste der CSP. Damit möchte ich auch nochmals unterstreichen, dass ich hinter der guten und wertvollen Arbeit von Pascal stehe.

Meine Erfahrungen und der Glaube daran, dass wir gemeinsam zu weiteren Vereinfachungen, aber auch Verbesserungen für uns und andere Grenzregionen beitragen können, motiviert mich, Pascal auch bei dieser Wahl auf der EU-Liste der CSP zu unterstützen.



Wohnort: Kelmis

Alter: 21 Jahre

Beruf: Student in Lüttich (Politikwissenschaften)
Selbständig in Veranstaltungstechnik und als DJ

Hobbies: Karneval, Modellflug, Fußball

Warum ist es wichtig, dass es für uns Ostbelgier die EU gibt?

Für uns Ostbelgier ist Europa sehr wichtig, denn wir sind vor allem Grenzgänger. Da ich in Kelmis wohne, das nicht nur in unmittelbarer Nähe von Aachen in Deutschland, sondern auch von Vaals in den Niederlanden liegt, bin ich es gewohnt, fast täglich ungehindert von einem Land ins andere wechseln zu können, um meine Einkäufe und Aktivitäten durchzuführen. Ohne die Europäische Union wäre das so niemals möglich gewesen.

Zweitens ist die EU für uns wichtig, weil wir eine kulturelle und sprachliche Minderheit in Belgien sind. Die Europäische Union, die die Mehrsprachigkeit fördert und Minderheiten schützt, garantiert die Beachtung unserer sprachlichen Rechte.

Was motiviert dich, auf der EU-Liste der CSP mitzumachen?

Die Herausforderungen der heutigen Zeit wie die globale Erwärmung, die Energiekrise und die Zukunft der Transportmittel können nicht mehr auf nationaler Ebene gelöst werden, da sie ganz Europa betreffen. Meine Motivation als überzeugter Europäer und Mitglied der CSP ist es, meinen Beitrag zu den Entwicklungen auf europäischer Ebene zu leisten und die Interessen der Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu vertreten, da unsere überwiegend ländlich geprägte Region von den anderen Entscheidungsebenen öfters vergessen wird.

Ein weiterer wichtiger Punkt für mich ist, dass die CSP als Partei der Mitte des politischen Spektrums zusammen mit ihren Schwesterparteien Stabilität in die Union bringt und so auch den Aufstieg der Extremen bekämpft.